**EURATOM WATCH: *BULLETIN #6***

**THEMEN – Immer unverblümter für Atommacht EU**

* **„Eine Atom-Supermacht Europa würde ich begrüßen“**
* **Österreich: HCS und VdB für atombewaffnete EU?**
* **„Nur diskret hinter verschlossenen Türen“ – Europa und die nukleare Abschreckung**
* **Deutschland: Forschung an neuen Atomreaktoren und Atomwaffen**

Sehr geehrte EURATOM-Interessierte, liebe MitstreiterInnen!

Nach dem Ausscheiden von Julia Bohnert erscheint das EURATOM BULLETIN der PLAGE nun vorläufig in „schmuckloserer“ Form als einfaches Rundmail. Denn Julia war die IT-kompetente Verbindungsperson zur Firma, die das Bulletin digital gestaltet hat.

Just nachdem wir mit EURATOM BULLETIN 5 den atommilitärischen Hintergrund für die wirtschaftliche Absur-dität des britischen AKW-Projekts Hinkley Point C und den ganz ähnlichen militärischen Hintergrund für das unbedingte Festhalten am EURATOM-Vertrag herausgestellt hatten, erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) postwendend eine potente aktuelle Bestätigung der atommilitärischen Ambitionen der „hohen Politik“ in der Europäischen Union: in einem Interview mit Polens „starkem Mann“, Jaroslav KACZYNSKI.

Daß ein Staatslenker mit stark autoritären Anwandlungen wie Kaczynski mit Atomwaffen liebäugelt, erstaunt nicht übermäßig. Und wenn, dann eher durch diese Offenheit in einer großen Zeitung Deutschlands, wo Atommachtstreben eine breite Öffentlichkeit noch alarmieren dürfte. Dazu haben sich weitere Indizien und Aussagen in diese Richtung angesammelt. Daß aber gar prominente Köpfe der österreichischen Oppositions-parteien FPÖ und GRÜNE sich aktuell für eine atombewaffnete EU aussprechen oder ihr zuneigen, das ist eine völlig neue Entwicklung. Das EURATOM BULLETIN dokumentiert. Und kann auch Forum für ernsthafte Debatte darüber sein! ;-)…

Eine ungemütliche, aber hochnotwendige Lektüre! - -Heinz Stockinger, PLAGE

|  |
| --- |
| **TERMIN KONFERENZ 25. April: *„1957-2017: EURATOM – Atomindustrie gefördert, privilegiert, geschützt. 60 Jahre sind genug“*** Ausgewählte Expertinnen und Experten werden die Mythen und Mängel des in EU-Primärrecht gegossenen Vertragswerks erläutern und sich konstruktiv mit allen Möglichkeiten einer zeitgemäßen Handhabung seiner längst überholten Zielsetzungen und Inhalte auseinandersetzen.  **4. Nuclear Energy Conference (NEC) 2017 – 25. April 2017, 9:30 – 16:30 Uhr, Schloss Linz, Oberösterreich. – Info:** [**www.nec2017.eu**](http://www.nec2017.eu) (rechts oben anklicken: **Programm, Vortragende, Anmeldung**). Teilnahme kostenlos. – Organisatoren: *atomstopp\_atomkraftfrei leben!*, *Mütter gegen Atomgefahr* und *Anti Atom Komitee OÖ*. |

 **Polens „starker Mann“ im FAZ-Interview:**

**„Eine Atom-Supermacht Europa würde ich begrüßen“**

Aus Anlaß des Treffens zwischen Kanzlerin Angela MERKEL und dem Vorsitzenden der polnischen Regierungspartei, Jaroslaw KACZYNSKI, im Februar führte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* ein großes Interview mit dem heimlichen Regierungschef Polens. EURATOM WATCH dokumentiert die hier relevante Passage:

|  |
| --- |
| *FAZ: (…) jetzt fürchten manche auch noch, dass Amerikas Nuklearschirm wackelt.* ***Muss Europa Atommacht werden?***  KACZYNSKI: Eine eigene Atommacht müsste mit Russland mithalten können. Davon sind wir weit entfernt. Aber wenn es etwas Ernsthaftes gäbe, wäre ich dafür. Europa würde dann zur Supermacht. Das würde ich begrüßen. Ein Atom-U-Boot oder zwei reichen da aber nicht. Da müsste man zu gewaltigen Ausgaben bereit sein, und das sehe ich nicht kommen. Ich bin deshalb eher dafür, die Beziehungen mit den Amerikanern zu pflegen und die EU zu reformieren. |

Da können ja alle froh sein, die finden, daß schon genug Atomwaffen und kleine und große Atombombenmächte in der Welt sind und die Menschheit eher bedrohen als schützen! Doch der große Schritt mit diesem heiklen Thema – vgl. unten NZZ – in die europäische Öffentlichkeit ist nun gemacht. Die Bevölkerung soll daran gewöhnt werden.

**HCS und VdB für atombewaffnete EU?**

**Seitens der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP – die stets auch in Sachen EURATOM-Mitgliedschaft verharmlost und abgewiegelt haben – würde das, was hier kommt, in solcher Offenheit, solcher Eindeutigkeit ebenfalls verwundern, aber weniger. Daß jedoch Spitzenpoli-tiker der Opposition die rot-schwarze Koalition in Richtung eines (atom)militärischen Hori-zonts für Europa überholen, darob reibt man sich mehr als verwundert die Augen. Und bei einem frischgebackenen Bundespräsidenten aus GRÜNEM Schoß noch mehr als beim FPÖ-Chef; da wird es schon erschütternd. Zumal bei ihm diese Neigung pro Supermacht EU auch noch im Bereich zivile Atomkraft bzw EURATOM ihre Entsprechung hat: siehe unten Pkt 4).**

Ende Februar 2017 trat der FPÖ-Vorsitzende Heinz Christian Strache mit der Forderung an die Öffentlichkeit, *„eine EU-Armee einzurichten“*, um Europa *„unabhängiger von der US-dominierten NATO zu machen“.* Auch **Atomwaffen *„sollen selbstverständlich Teil dieser EU-Armee sein“***, so Strache weiter (zit. nach: Die Presse, 26.2.2017).

Seit dem Brexit wird vielerseits Druck gemacht, um die eigenständige Militarisierung der EU – einschließlich Atomwaffen – voranzutreiben. BK Merkel hat angekündigt, das deutsche Militärbud-get stark zu erhöhen. Die Hohe Beauftragte für die EU-Außenpolitik Mogherini schwärmt gar von einer bevorstehenden [*„Rüstungsrevolution“*](http://www.solidarwerkstatt.at/index.php?option=com_content&view=article&id=1593:es-kann-eine-ruestungsrevolution-werden&catid=62&Itemid=89) in der EU. Dass Strache das Mitmachen Österreichs in einer EU-Armee für vereinbar *„mit der Beibehaltung der Neutralität“* hält und offenbar keinen Widerspruch zwischen dem Einstieg in eine atomar bewaffnete Union und dem von der FPÖ befürworteten Ausstieg aus EURATOM sieht, offenbart einmal mehr die unfassbare Arroganz der Machteliten, einschließlich der etablierten Opposition: Die Bevölkerung gilt einem so sehr als bloße Manövriermasse, dass man glaubt, ihr wirklich jeden Bären aufbinden zu können.   
  
**Van der Bellen pro „Ljubljana-Initiative“**

Der neue österreichische Präsidenten Alexander Van der Bellen hat zwar im Grunde nie ein Hehl daraus gemacht, dass er für eine EU-Armee eintritt. Im Wahlkampf war von dergleichen freilich nicht die Rede. Kaum gewählt – mit den Stimmen zahlloser Atomgegner und Rüstungsskeptiker – nutzt Van der Bellen das Präsidentenamt, um Druck für eine militarisierte EU-Großmachtspolitik zu machen, überdies gekoppelt mit einem autoritären Präsidialregime. Und mit EURATOM durch die Hintertür in die EU-Verfassung eingeschleust. Wo, wann und wie mag mancher ungläubig fragen.

Anfang 2017 weilte der slowenische Staatspräsident Borut Pahor auf Besuch bei Van der Bellen, um diesem die sog. „Ljubljana-Initiative“ schmackhaft zu machen. Dabei handelt es sich um einen ***„neuen Vertragsentwurf für eine Verfassung der EU“****.* (1) Er hat in der Hofburg offenbar offene

 *Prof. Peter JAMBREK, Verfasser des neuen EU-Verfassungsentwurfs*

Türen eingerannt. Den Medien war zu entnehmen, dass Van der Bellen diese „Ljubljana-Initiative“ *„ausdrücklich befürwortet“* (Kurier, 10.1.2017). Nicht den Medien entnehmen konnte man den Inhalt der „Ljubljana-Initiative“. Da dieser Entwurf für eine neue EU-Verfassung im Netz steht, kann man, ja sollte man nachlesen, was Österreichs Bundespräsident *„ausdrücklich befürwortet“*:

1) Die EU soll *„gemeinsame Streitkräfte bekommen, bestehend aus einem EU-Heer, EU-See- und Luftstreitkräften“* (Art. 184). Diese Streitkräfte sollen u.a. zum *„Antiterrorkampf im Hoheitsgebiet*



*von Drittstaaten“* eingesetzt werden (Artikel 185). Also potentiell überall auf der Welt.

2) In der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik soll das Einstimmigkeitsprinzip fallen (Artikel 177). Schon jetzt ist Österreichs Neutralität mit dem EU-Primärrecht in vielerlei Hinsicht unvereinbar. Wenn Van der Bellen aber die Abschaffung des Vetorechts in der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik fordert und zugleich die Neutralität erhalten will, tischt er den Menschen Lügen auf wie H.C. Strache.

3) Die neue politische Verfassung der EU soll sich in vieler Hinsicht an jener der USA orientieren. Insbesondere soll ein mächtiges Präsidentenamt geschaffen werden. *„Der Präsident übt in Friedens- und Kriegszeiten repräsentative und exekutive Autorität in der EU-Außen- und Verteidigungspolitik aus“* (Artikel 83). Dieser EU-Präsident soll auch weitgehend das Monopol auf Gesetzesinitiative haben (Artikel 73).

4) **Die EU soll die *„ausschließliche Kompetenz“* im Bereich der Atomenergie haben**, u.a. mit dem Auftrag folgende Ziele *„sicherzustellen“* (Artikel 154): ***„Förderung der Atomforschung“, „Investitionen und Betriebsstätten für Basiseinrichtungen, die für die Entwicklung der Atomenergie in der EU notwendig sind“*, *„regelmäßige und angemessene Versorgung mit Erzen und Nukleartreibstoff“* für alle Atomenergienutzer in der Union; auch das *„Recht auf Eigentümerschaft in Bezug auf besondere Spaltstoffe“* soll auf die EU übergehen.**

|  |
| --- |
| ***Kommentar PLAGE:*** Aufgrund der Punkte (1) bis (3) muß man angesichts der aktuellen, aber schon in der Vergangenheit getätigten Aussagen damit rechnen, daß mit solchen zentralisierten Kompetenzen die Weichen über kurz oder lang die Weichen in Richtung Atom-Supermacht EU gestellt würden. Sollte Van der Bellen das nicht bewußt sein? Und auch nicht die „herrliche“ Garantie einer oberflächlich nur zivilen Nuklearinfrastruktur dank EURATOM, die rasch zu atommilitärischen Zwecken umfunktioniert werden kann? In diesem vorgeblich nur zivilen Atomsektor würde mit Punkt (4) praktisch das erreicht, was die beiden Grünen **Joschka Fischer (D) und Johannes Voggenhuber (Ö)** 2003 im Zuge des ersten EU-Verfassungs-anlaufs gerade noch verhindert haben: der **Einbau von EURATOM in die EU-Verfassung**. Die beiden brachten es im EU-Verfassungskonvent in letzter Minute zustande, den EURATOM-Vertrag als völker-rechtlich eigenständiges und getrenntes Gebilde außerhalb der EU-Verfassung zu halten. Was sich dann auch im Lissabon-Vertrag so niedergeschlagen hat. Nur so kann der EURATOM-Vertrag Gegenstand eines **Revisions-/Reformprozesses** werden. Wäre hingegen der EURATOM-Vertrag – als solcher, oder seine wesentlichen Bestimmungen – in die EU-Verfassung integriert, müßte zu einer Reform das gesamte Verfassungspaket aufgeschnürt werden. Was noch ungleich schwieriger zu erreichen wäre. |

5) Über die Handelspolitik – also den Abschluss von Freihandelsverträgen a´ la CETA, TTIP, TiSA & Co - soll ebenfalls ausschließlich auf EU-Ebene entschieden werden (Artikel 157). Mitbestim-mungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente (wie derzeit noch bei CETA) wären dann völlig eliminiert. Wie bereits in den heute gültigen EU-Verträgen sollen Freihandel und unbeschränkte Kapitalverkehrsfreiheit die EU-Wirtschaftspolitik nach innen und außen bestimmen. Auch das ist von **potentieller Tragweite für die ganze Energiepolitik** (vgl. die Klagen, die Vattenfall wegen Atom- und Kohleausstiegs vor [Schiedsgerichten](https://de.wikipedia.org/wiki/Schiedsgericht) gegen die deutsche Bundesregierung führt, nach den Regeln des [Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten / ICSID)](https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales_Zentrum_zur_Beilegung_von_Investitionsstreitigkeiten).

Fazit: Stehen Van der Bellen und HC Strache in grundlegenden politischen Ausrichtungen weniger für unterschiedliche Inhalte als für unterschiedliche Verpackungen?

Quellen: Dem Beitrag liegt ein Artikel der Solidarwerkstatt Linz vom 3.3.2017 zugrunde (<http://www.solidarwerkstatt.at/index.php?option=com_content&view=article&id=1645:hc-und-vdb-fuer-eu-armee&catid=62&Itemid=89>). Dieser wurde von uns gekürzt und leicht verändert. Die PLAGE Salzburg teilt nicht alle Thesen bzw nicht den zT polemischen Ton dieses Artikels. Nichts zu rütteln gibt es jedoch an den verifizierten Belegen für das Streben erheblicher Kräfte nach einer militärischen Atommacht EU, auch schon in Österreich. Diese Recherche der Solidarwerkstatt halten wir für äußerst wertvoll.

(1) *The new draft treaty for the constitution of the EU*, Lubljana, 2016, <http://www.predsednik.si/up-rs/uprs.nsf/cc1b0c2e0c8f0e70c1257aef00442bbd/6e9c355dcac33036c12580a0004d8dc2/$FILE/Predlog%20nove%20evropske%20ustave%20The%20new%20draft%20treaty%20for%20the%20constitution%20of%20the%20European%20Union.pdf>  
Vgl. auch das Vorwort: *The Ljubljana Initiative – On the new constitutional process and new draft treaty establishing a constitution for European Union“*, Porut Pahor u.a., Jänner 2017

**„Nur diskret hinter verschlossenen Türen“ Innerhalb eines Artikels, der unter dem Titel „Verteidigung gegen die Sinnkrise“ die Suche der Europäischen Union nach „neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit nach dem Brexit und der Wahl von Trump“ erörtert, geht der Brüssel-Korrespondent der *Neuen Zürcher (NZZ,* 11.1.2017*)* in einem extra Kasten auf „Europa und die nukleare Abschreckung“ ein:**

In der sicherheitspolitischen Debatte in Europa steht die konventionelle Verteidigung im Vordergrund. **Viel heikler ist das Thema atomare Verteidigung**, über das nur diskret hinter verschlossenen Türen gesprochen wird. Doch die Frage, wie lange sich Europa noch auf den amerikanischen Nuklear-Schutzschirm verlassen kann, ist seit der Wahl von Donald Trump auf einmal relevanter geworden.

Der amerikanische Schirm besteht aus taktischen\* Waffen, die in Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Italien und in der Türkei stationiert sind, aber unter Kontrolle der USA stehen. Als strategische\* Komponenten kommen Interkontinentalraketen, U-Boote und eine Boomberflotte mit Atombomben hinzu. Die Waffen dienen namentlich der Abschreckung gegenüber Russland, das jüngst in der Exklave Kaliningrad atomwaffenfähige Iskander-R aketen stationiert hat. (Unterschied „taktisch“/“strategisch“ 🡪 <https://de.wikipedia.org/wiki/Kernwaffe#Klassifizierung>.)

Ein allfälliger **Rückzug der USA** würde Europa vor **immense Probleme** stellen. Einen eigenen Schild aufzubauen, wäre nicht nur extrem teuer. Auch die rechtlichen und politischen Hürden wären hoch, zumal der Atomsperrvertrag die Zahl legitimer *(sic)* Nuklearmächte limitiert. Zudem sind die Nationalstaaten weit von einem Konsens entfernt, der eine gemeinsame europäische Atomstrategie erlauben würde. Rein nationale Ansätze wie mediale Überlegungen für eine **„deutsche Bombe“** lösen internationales Misstrauen aus und wären auch in Deutschland nicht mehrheitsfähig.

So bleibt die Frage, ob die **Atomwaffen Frankreichs und Grossbritanniens Europa schützen** könnten, obwohl deren Arsenal viel kleiner ist als jenes der USA. Rein militärisch gesehen wäre mit den rund 450 britischen und französischen Sprengköpfen die Fähigkeit zum Zweitschlag gewähr-leistet, die für die Abschreckung entscheidend ist. Doch Grossbritannien wendet sich mit dem **Brexit** von der EU ab. Frankreich plädiert zwar für mehr Unabhängigkeit Europas von den USA, doch die Rolle als nukleare Schutzmacht wäre mit Risiken verbunden. Und die französischen Atom-waffen unter europäische Kontrolle zu stellen, wäre für Paris undenkbar.

|  |
| --- |
| ***Kommentar PLAGE:***  Zwei Punkte wollen wir hier hervorheben bzw relativieren:   * Bereits im Zuge der Regierungskampagne zum EU-Beitritt Österreichs haben die österreichischen Atomgegner darauf hingewiesen, daß zumal in Staaten mit atomkritischer Mehrheit kaum eine Regierung, Partei oder Militärspitze offen für eine (Teilhabe an einer) EU-Atomstreitmacht deklarieren würde. Derart blanke politische Dummheit begehen die Strategen nicht. (Vgl. die EURATOM-Broschüre des damaligen ö. Dachverbandes *AntiAtomInternational (AAI)*, Schlußkapitel, 1993, [www.plage.at](http://www.plage.at).) Vielmehr ist selbstverständlich mit schrittweise Präparierung des öffentlichen Terrains („Salamitaktik“) zur Überzeugung der Bürgerinnen und Bürger zu rechnen. * Gewiß würde Frankreich nur unter massiven Bedingungen seine *force de frappe* unter europäi-sches Kommando stellen. Zum hohen finanziellen Aufwand für die französischen Atomwaffen beizutragen, wäre eine offensichtliche Bedingung, zumal Frankreich unter einem riesigen chronischen Defizit ächzt. Grundsätzlich aber haben hochrangigste französische Politiker und Militärs immer wieder Bereitschaft erkennen lassen, den französischen Nuklearschirm über der EU aufzuspannen. Siehe etwa dementsprechende eindeutige Aussagen von Jacques Delors, François Mitterrand u.a. in den 1990er Jahren. (Nachzulesen in der **EURATOM-Broschüre**, Kap. 11 🡪 <http://www.plage.at/arbeitsschwerpunkte/euratom> - mehrere PDF.) |

**In Deutschland: Forschung an neuen Atomreaktoren und Atomwaffen**   
   
**„Man kann so vieles heutzutage nicht mehr verstehen“, schrieb selbst ein derart erfahrener Politiker wie Hans-Josef FELL in seinem Rundbrief am 13.12.2016. „Deutschland hat den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet und das Ende der Nutzung der Atomenergie beschlossen. Dennoch gibt es staatlich finanzierte Forschungen in Deutschland, um neue Generationen von Atomkraftwerken, z.B. mit Thoriumflüssigsalzreaktoren, sowie neue atomwaffentaugliche Materialien zu entwickeln.“ EURATOM WATCH dokumentiert Fells Rundbrief:**  
  
Unter dem Deckmantel der angeblichen Sicherheitsforschung, gibt es – unbekannt in der Öffentlichkeit, nicht diskutiert in der Fachöffentlichkeit, geschweige denn in der Politik – insbesondere an KIT Nuklearinstituten in Karlsruhe sowie am Institut für Transurane der Europäischen Kommission (JCR-ITU) ebendort Forschungen für die Entwicklung der **vierten Generation von Atomreaktoren**. Diese Forschungen sind geeignet z.B. für die [**Entwicklung**](http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/presse-mainmenu-49/schlagzeilen-mainmenu-73/1040-brexit-muss-auch-euratomexit-sein?acm=3708_424) Kleiner Modularer Reaktoren (SMR), die auch andere europäische Länder **unter EURATOM und mit nationalen Mitteln** vorantreiben. SMR sind besonders bedrohlich für die Welt, weil sie dezentral massenhaft aufgebaut werden könnten, womit sich atomare Unfallgefahren und Terrorziele potenzieren würden.  
  
Schlimmer noch: Diese Forschungen am KIT können gleichzeitig zur Entwicklung **neuer Atom-waffenmaterialien** führen, erbrütet aus Thorium, welches bislang als atomwaffenuntauglich galt. Damit werden in Deutschland mit öffentlichen Mitteln aus dem Bundesforschungsministerium und aus EURATOM-Mitteln neue Generationen von Atomreaktoren und Atomwaffen entwickelt. Auf der Basis des EU-Programmes SAMOFAR missachtet das Bundesforschungsministerium damit einerseits den gesetzlichen Auftrag, wonach neue Atomreaktoren nicht mehr gebaut und entwickelt werden dürfen,und andererseits die internationalen Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrags.    
  
Eine Autorengruppe, die verständlicherweise anonym bleiben möchte, hat umfangreiche Recherchen, klar belegt mit öffentlich zugänglichen Quellen, zusammengetragen.  
  
Es ist erschreckend, was im Atomland Deutschland noch möglich ist und sogar staatlich unterstützt wird. Vielleicht hilft die Veröffentlichung dieses Papieres, dass endlich eine stärkere Bewegung in Deutschland zum Ausstieg aus EURATOM führt und die Forschungen in Karlsruhe am KIT zu neuen Atomreaktoren und Atomwaffenmaterialien beendet werden.  
  
[**Hier**](http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php/dokumente/2-studien-und-analysen/928-recherchen-zu-kit-forschung?acm=3708_424) die umfangreiche Recherche der anonymen Autorengruppe. 